

darmstädter blätter

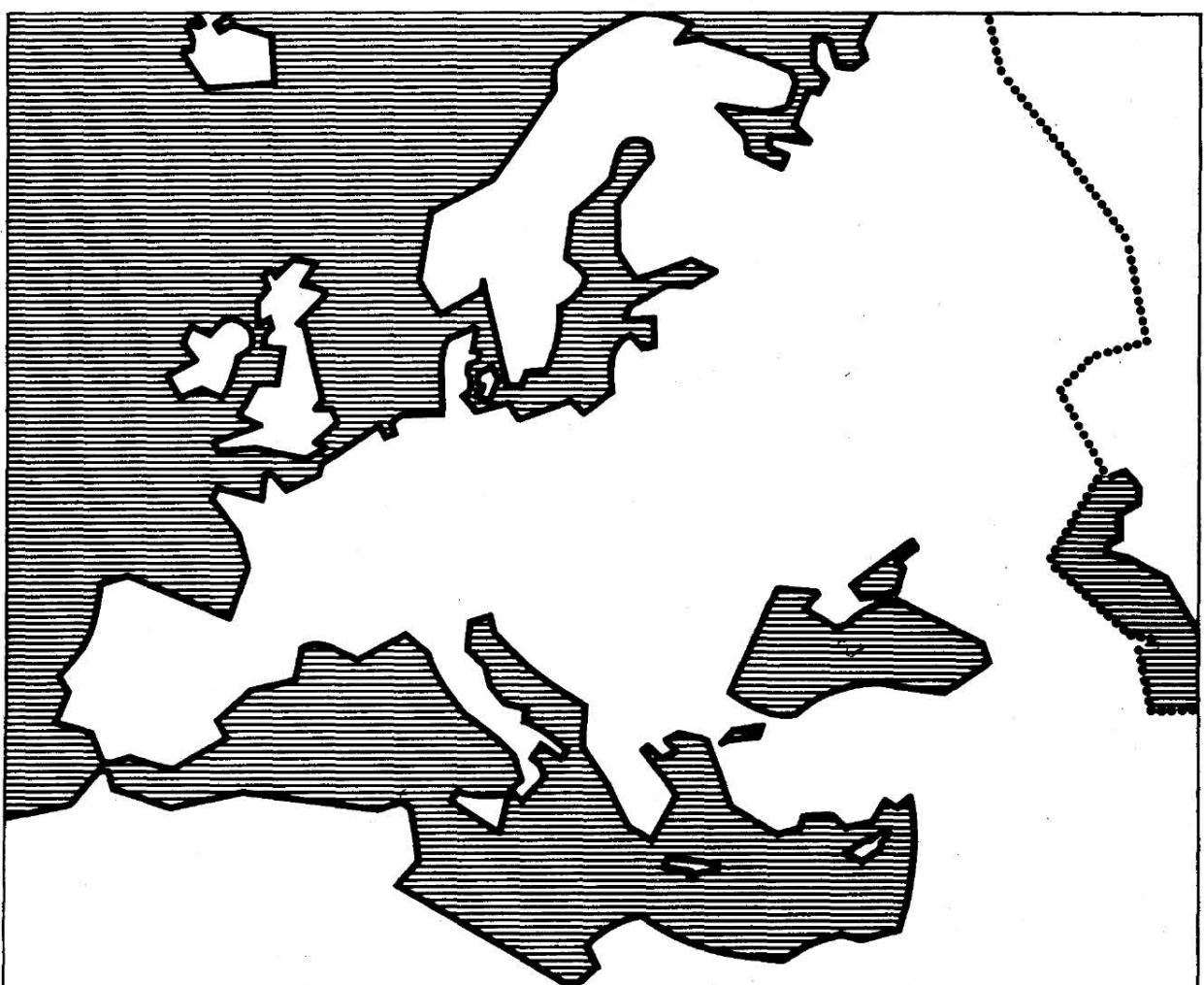
für kulturelle evolution

11-12/93

Herausgegeben
von der Studentenschaft
der Technischen Hochschule
Darmstadt

Jahresabonnement
zwölf Ausgaben
einschließlich Porto 30,- DM
ISSN 0340-6296

Europa: Realität einer Utopie



Biologische Waffen (Aus: Wissenschaft und Frieden, Heft 2/93)	Seite 1
Selbstbestimmung (Aus: Friedensforum, Juli 1993)	Seite 3
Genforschung (Aus: Publik-Forum, 5. Nov. 1993)	Seite 5
Die Wahrheit auf den Kopf gestellt (Aus: Tribüne, Heft 127/1993)	Seite 6
Der Protest des Sammu Sunim (Aus: Publik - Forum, 5. Nov. 1993)	Seite 10
Auf dem Weg zu einem Weltethos (Aus: Weltethos, Kultur und Entwicklung, Heft 1/1993)	Seite 12
Eins in Abraham? Aus: Weltethos, Kultur und Entwicklung, Heft 1/1993)	Seite 21
Warum wir wieder Hanf anbauen sollten (Aus: Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 93)	Seite 33
Der Ausflug in die Zivilisation lohnte nicht (Aus: Frankfurter Rundschau vom 16. Oktober 93)	Seite 34
Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen (Aus: NZZ-Folio, Nr. 9/93)	Seite 35
Gorbatchow – Stiftung (Aus: WOSTOK, Nr. 4/93)	Seite 40

Biologische Waffen

Die vergessene Gefahr

Eine Szene wie aus einem Agentenfilm: Zwei britische Geheimdienstler betreten eine enge Stahlkammer. Es ist dunkel. Ein Feuerzeug flammt auf, die beiden Männer betrachten die Stahlwände, die Ausrüstungsgegenstände. "Machen Sie das aus und geben sie es mir", herrscht der Begleiter, ein Beamter des russischen Außenministeriums, die beiden Männer an. "Sie haben zugestimmt: Keinerlei elektronische Gerätschaften!"

Kein Filmdrehbuch, die Recherche, die die Zeitschrift NEWSWEEK veröffentlicht hat ¹⁾, ist nachprüfbar. Der Besuch in einem geheimen B-Waffen-Forschungszentrum 60 Meilen südlich von Moskau bestätigte, was britische und US-amerikanische Geheimdienste schon seit langem vermutet hatten: Die ehemalige Sowjetunion arbeitete im Geheimen an der Herstellung biologischer Waffen. Die Stahlkammer, die die beiden Briten im Januar 1991 besuchten, diente als Testkammer für Viren und Bakterien. Die Recherchen der NEWSWEEK-Reporter -werfen wieder einmal - Schlaglichter auf die fast »vergessenen« biologischen Massenvernichtungsmittel, deren Einsatz, Lagerung, Herstellung und Entwicklung eigentlich bereits seit 1972 international geächtet ist. Die Gefahr der Proliferation dieser Waffen ist - anders als bei Atom- oder Chemiewaffen - kaum in der öffentlichen Diskussion. Und doch sind die B-Waffenprogramme nicht nur der Supermächte im vollen Gange, freilich vielfach als »Schutzforschung« getarnt. Biologische Waffen sind Krankheitserreger, also Bakterien oder Viren, sowie von speziellen Pilzen ausgeschiedene Giftstoffe, so genannte Toxine. Andere Gifte, die nicht lebendig sind oder von Lebewesen hergestellt werden, bezeichnet man als chemische Waffen. Die Grenzen zwischen chemischen und biologischen Waffen sind fließend. Seit Mitte der 80er Jahre wird das Spektrum dieser Waffen zusammengefaßt als CBW-Spektrum bezeichnet ²⁾. Auf der einen Seite dieses Spektrums stehen die

herkömmlichen Chemiewaffen, also etwa Nervengase oder LOST; in der Mitte die Toxine, also Giftstoffe, produziert von lebenden Organismen; auf der anderen Seite im CBW-Spektrum stehen Bakterien und Viren, also die klassischen B-Waffen. Der entscheidende Unterschied für die Militärs: Chemiewaffen müssen industriell hergestellt und in Munition abgefüllt werden. Geheimhalten lässt sich diese Produktion nicht. Biologische Waffen, Lebewesen, die sich selbst vermehren, kann man dagegen in geringen Mengen aufbewahren. Bei Bedarf lassen sich die Viren oder Bakterien ohne großen Aufwand im Labor beliebig vermehren und verdeckt durch ins gegnerische Hinterland infiltrierte Sabotage-Trupps ausbringen.

New York, irgendwann im Jahr 1966

Aus einem fahrenden U-Bahnzug im Süden von Manhattan wirft ein Mann eine Glühbirne aus dem Fenster. Auf den Schienen zerspringt das Glas. Nicht etwa Vandalismus sondern ein offizielles Experiment des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Weder die New Yorker Stadtverwaltung noch die Polizei weiß von diesem Versuch. Die Glühbirne ist mit angeblich harmlosen Bakterien gefüllt, die vom Luftzug des fahrenden Zuges im U-Bahnschacht verwirbelt werden. Später nehmen Meßtrupps Luftproben. Fast überall in Manhattan kann man die Bakterien nachweisen. Der New Yorker Versuch ist ein Beispiel für die Möglichkeit der biologischen Kriegsführung. Er beweist: B-Waffen können unbemerkt verbreitet werden. Vor allem in den USA hat die Erforschung neuartiger B-Waffen durch gentechnologische Methoden seit den 80er-Jahren an Bedeutung gewonnen. Diese neuartigen Waffen sind schrecklich. Herkömmliche Krankheitserreger werden in militärischen Gentechnik-Labors in ihre Bestandteile zerlegt und neu kombiniert. Biogifte, also tödliche Pilz-, Schlangen oder Skorpionsgifte, werden mit harmlosen Viren verbunden. Beispiele aus der B-Waffen-Forschung: So genannte »ethischen Waffen« sind gentechnologisch so konstruiert, daß nur gewisse Bevölkerungsgruppen davon betroffen werden. So kann man beispielsweise mikroskopisch kleine Pilze entwickeln, die sich nur auf ganz bestimmten Hirsesorten ansiedeln und dort ein tödliches Gift ausscheiden. Beim Einsatz dieser B-Waffe etwa in der Dritten Welt würden diejenigen Menschen sterben, die sich überwiegend von dieser Hirseart ernähren. Andere Bevölkerungsgruppen würden

überleben. Es gab Versuche, Schnupfenviren mit Genen von Kobraschlangen-Gift zu kombinieren - die bislang nur unangenehme Krankheit verlief dann tödlich. Selbst Waffen, die bei Nacht töten und bei Tag ungefährlich sind, lassen sich gentechnologisch herstellen: Kombiniert wird ein Virus mit dem Gen eines hochgiftigen Toxins. Die Eiweiß-Hülle des Virus wird dann gentechnologisch gleichsam durchlöchert, so daß der Krankheitserreger für UV-Strahlung extrem empfindlich wird. Nachts ist das eine tödliche Waffe, wenn die Sonne aufgeht wird das Virus zerstört - die Waffe ist verschwunden, nicht mehr nachweisbar. Das Stück Erbsubstanz, das dies bewirkt, hat in Wissenschaftskreisen einen Namen. Es heißt »Selbstmordgen«.

B-Waffenforschung in den USA

Das Budget der B-Waffenforschung in den USA stieg seit 1980 um etwa 550 Prozent auf 90 Millionen Dollar für das Jahr 1986. 1988 wurden immerhin noch 60 Millionen Dollar für B-Waffenforschung ausgegeben ³⁾. Bereits 1986 finanzierte das US-Verteidigungsministerium über 70 gentechnologische Forschungsprojekte. B-Waffenforschung - so die offizielle Begründung des Pentagon - diene ausschließlich defensiven Zwecken. Zitat aus einer 1988 vom Pentagon in Auftrag gegebenen Umweltverträglichkeitsstudie: "Der Zweck des B-Waffen-Schutzprogrammes ist es, eine starke nationale Verteidigungsposition bezüglich möglicher B-Waffen-Bedrohungen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln." ⁴⁾ Drei Einrichtungen der US-Army sind zuständig für B-Waffenforschung:

- das US Army Medical Research Institute od Infectious Diseases (USAMRIID) in Fort Detrick, Maryland (Fort Detrick ist vor dem offiziellen Herstellungsstop für B-Waffen 1969 das wichtigste Forschungszentrum für B-Waffen in den USA gewesen),
- das US Army Chemical Research, Development and Engineering Center (DRDEC) auf dem US Army Aberdeen Proving Ground, gleichfalls in Maryland, und
- der Baker Laboratoriumskomplex auf dem US Army Dugway Proving Ground bei Salt Lake City. Hier befindet sich die Erprobungsstelle des US B-Waffen »schutz«programmes.

B-Waffenforschung ist hochgefährlich. Immer wieder kam und kommt es zu Laborunfällen. Das Virus hat den exotischen Namen »Chikungunya«. Im September

1981 verschwanden aus einem US-Militärlabor 2,352 Milliliter einer Lösung, die die Viren in hoher Konzentration enthält. Eine an sich kleine Menge, doch sie reicht theoretisch aus, die ganze Menschheit mehrfach mit tropischem Fieber anzustecken. Bis heute ist das Verschwinden des Krankheitserregers nicht aufgeklärt. Jüngstes Beispiel des amerikanischen Engagements in Sachen biologischer Waffen: Die Zusammenarbeit zwischen den USA und Ägypten »im Randbereich der B-Waffenforschung«, so ein Bericht des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR ⁵⁾. Ägyptische Wissenschaftszentren arbeiten, so der Bericht, gemeinsam mit zivilen und militärischen US-Labors an der Erforschung hochpathogener Mikroorganismen. Die US-Marine unterhält in Ägypten ein wehrmedizinisches Labor, in dem Experten an der Perfektionierung von Schutzmitteln gegen Infektionskrankheiten arbeiten. Dieses Institut gilt als "eines der führenden medizinisch-biologischen Zentren im Nahen Osten", so der SWR.

B- Waffenforschung in der ehemaligen UdSSR

Nicht nur die USA waren - und sind es vermutlich noch - führend in Sachen biologischer Waffen. Auch in der UdSSR gab es ausgedehnte Forschungs- und Herstellungsprogramme. Swerdlowsk, der »Militärposten Nummer 19«, das heutige Jekaterinburg im Ural. 1979 ereignete sich hier eine Milzbrandepidemie, die in westlichen Tageszeitungen Schlagzeilen machte. Mindestens 66 Menschen starben. Ausgelöst wird Milzbrand von Anthrax-Sporen. Anthrax zählt zu den »klassischen« B-Waffen. Die kleine schottische Insel Gruinard beispielsweise war damit verseucht. Zweieinhalb Kilometer lang, eineinhalb Kilometer breit, mit Heidekraut bewachsen wurde sie 1942 zum militärischen Testgebiet. Englische Wissenschaftler füllten 11-Kilogramm-Bomben mit Milzbrand-Sporen und ließen diese explodieren. Als »Versuchsobjekte« für den B-Waffentest dienten Schafe. Jahrzehntelang galt die Insel als verseuchtes Gelände, konnte sie nur in Schutzausrüstung betreten werden. Daß es sich bei der Epidemie von Swerdlowsk um einen Unfall einer B-Waffenforschungseinrichtung gehandelt hatte, das dementierte die UdSSR jahrelang. Erst jetzt, nach dem Zerfall der Sowjetunion, kommt die Wahrheit bruchstückhaft ans Tageslicht. Auf bohrende Fragen

(russischer Abgeordneter hin beauftragte Präsident Jelzin seinen späteren Umweltminister Alexej Jablokow mit der Klärung des Falles. Dieser verkündete im März 1992 auf einer IPPNW-Tagung in Moskau, eine Explosion sei die Ursache der Epidemie gewesen, also ein Unfall im B-Waffenforschungszentrum ⁶⁾. Die genaue Struktur der ehemals sowjetischen B-Waffenforschung veröffentlichte schließlich die Zeitschrift NEWSWEEK ⁷⁾. Biopreparat, so nannte sich nach den Recherchen der NEWSWEEK-Reporter das Netzwerk, durch das die wichtigsten Forschungseinrichtungen in der ehemalige UdSSR verknüpft waren. Biopreparat, 1973 (also ein Jahr nach dem B-Waffen-Vertrag) gegründet, diente als Tarnorganisation der nunmehr vertragswidrigen B-Waffenforschung. Biopreparat "war eines der bestgehütetsten Geheimnisse in der alten Sowjetunion", so Grigory Berdennikov vom russischen Außenministerium. In mindestens 18 Forschungseinrichtungen, 6 Produktionsanlagen und einer Hauptlagerstätte in Sibirien arbeiteten über 25.000 Menschen. 30 bis 40 Prozent des Budgets kam vom Militär. Seit Mitte der 80er-Jahre wußten die US-Geheimdienste von der Existenz von Biopreparat. Beweisen konnte man nichts -bis schließlich 1989 der Mikrobiologe Wladimir Pasechnik in den Westen geflohen war. Pasechnik, der als Direktor eines Biopreparat Institutes in Leningrad die genaue Struktur des Netzwerkes kannte, offenbarte, daß man in der Sowjetunion ab 1984 - also in der Ära von Präsident Gorbatschow eine neue Generation supertoxischer B-Waffen erforschte und gentechnologisch herstellte. Erst im April 1992 ordnete Präsident Jelzin per Dekret das Ende dieses Forschungsprogrammes an. Ein Informant von NEWSWEEK behauptet allerdings, daß auch nach dem Jelzin-Dekret noch weiter an der Entwicklung der neuen B-Waffen gearbeitet wurde. Selbst wenn dies nicht der Wahrheit entspräche: Durch die Abwanderung ehemals hochprivilegierter Sowjetwissenschaftler etwa in Staaten der Dritten Welt bleibt die Proliferationsgefahr bestehen.

Die »Atombombe des kleinen Mannes«

B-Waffen, ohne allzu großen Aufwand vermehr- und einsetzbar, gelten neben den Chemiewaffen als »Atombomben des kleinen Mannes«. Bekannt ist, daß etwa der Irak ein eigenes B-Waffenprogramm hatte - zumindest bis zum zweiten Golfkrieg. 1987 wurde aus Deutschland die Mykotoxine HT-2 und T-2 nach Bagdad geliefert, nach

einem BND-Bericht wurden im Irak Forschungstätigkeiten auf dem Gebiet der B-Waffen durchgeführt ⁸⁾. Auch war der Rabta-Drahtzieher Ishan Barbouti an der Lieferung von Mikroorganismen in den Irak beteiligt, so ein Fernsehfilm, den der WDR im Mai 1992 ausstrahlte ⁹⁾. In der Zwischenzeit hat das US-Handelsministerium neue, verschärfte Regularien für den Export von Handelsgütern erlassen, die auch zur Erforschung und Herstellung von B-Waffen dienen könnten. »Dual Use«-Güter, bestimmt für den Export nach Bulgarien, China, Kuba, den Mittleren Osten, Burma, Nordkorea, Rumänien, Südafrika, GUS, Taiwan und Vietnam sowie Afghanistan, Indien, Iran und Pakistan, benötigen seit April dieses Jahres eine spezielle Ausfuhrkonzession ¹⁰⁾. Doch wirksam verhindern lässt sich die Proliferation von B-Waffen nur durch den vollständigen Verzicht auch auf B-Waffen»schutz«forschung. Doch dagegen wehren sich die Militärs. "In einem B-Waffenschutzprogramm", so ein US-Offizier, zitiert von Barbara Rosenberg, B-Waffen-Expertin des US-amerikanischen Committee on Responsible Genetics, "bekommt man eine Menge Informationen, und wie andere Erkenntnisse kann man auch diese zu unterschiedlichen Zwecken einsetzen ¹¹⁾.

Anmerkungen

- 1) John Barry, Planning a Plague?, Newsweek, 1.2.1993
- 2) vgl. David Baker, Chemical and Biological Warfare Agents - A Fresh Approach, Jane's Intelligence Review, Januar 1993
- 3) nach GeneWatch 4/5-1987, zit. in: Petra Jonas, B-Waffen»Schutz«Forschung in der Bundesrepublik, cbw-Infodienst, August 1990.
- 4) Draft Programmatic Environmental Impact Statement, Biological Research Program, USAMRDG, Mai 1988. Zitiert nach: Manuel Kiper, Jürgen Streich, Biologische Waffen: Die geplanten Seuchen, Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, Reinbeck 1990
- 5) nach: FOCUS 17/1993
- 6) vgl. Tageszeitung, 14.4. 92
- 7) John Barry, a. a. O.
- 8) vgl.: Manuel Kiper, Jürgen Streich, Biologische Waffen, a. a. O., S. 91
- 9) Jo Angerer, Leo A. Müller, Dr. B. und die Giftgas-Millionen, West 3, 26.5.1992, 20.15 Uhr
- 10) vgl. BNA International Trade Daily, 27.4.1993
- 11) in: Science, 226 (1984), S. 1178, zitiert in: Manuel Kiper, Jürgen Streich, Biologische Waffen, a. a. O.

Jo Angerer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Friedenspolitik, Weilheim.

ZUR FRAGWÜRDIGKEIT VON

SELBSTBESTIMMUNG IN ETHNISCH GEMISCHTEN GEBIETEN

GYÖRGY KONRAD

Der nachstehende Artikel, den wir zum Großteil aus "Die Zeit" (Nr. 13/93) übernommen haben, stellt nicht nur einen wichtigen Beitrag zu den einseitig proklamierten Unabhängigkeitserklärungen, zur nachfolgenden Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens und zur Entwicklung des Krieges in Ex-Jugoslawien überhaupt dar, sondern er zeigt auch die destruktive Rolle auf, die von einem unbeschränkten Selbstbestimmungsrecht in gemischten Siedlungsgebieten ausgehen kann. Wenn in solchen gemischt ethnischen Gebieten dem Prinzip der nationalen Selbstbestimmung absoluter Vorrang eingeräumt wird, dann bedeutet dies, daß Frieden und Menschenrechte auf der Strecke bleiben und die Souveränität über das Leiden der Menschen gestellt wird. Souverainty geht dann vor Sovereign wie ein englischer Kommentator mit Recht bemerkt hat.

"... Die Demokratie ist zerbrechlich, sie kann zerstört werden. Es besteht also eine Verschiebung zwischen unserer Wertewahl und unserer geopolitischen Lage. Vielen ist dabei unbehaglich. Zwischen den osteuropäischen Nationen hat der ethnische kalte Krieg begonnen.

Wahnwitzigen Fragen wird erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Radikale Nationalisten bestimmen die Tagesordnung. Ihre Provokationen und Aggressionen rücken sie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, ihren Haß machen sie zum allgemeinen Gesprächsthema, die Suche nach dem Feind wird Mode. Beteiligen wir uns am ethnischen kalten Krieg, dann unterwerfen wir uns der Hysterie und verwandeln uns selber in Besessene.

Sollte dies geschehen, würde sich die westliche Wertegemeinschaft als stark genug erweisen, um sich gegen uns zu schützen. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit nach, dass sie aber versuchen, sich

Foto: Die Zeit



gegen uns abzuschotten.

Wir sind mit der Herausforderung konfrontiert, mit Hilfe aktiver mitteleuropäischer Vermittlung und mit Friedensinitiativen die Gereiztheit gegen uns zu mindern sowie gleichzeitig unsere wirtschaftliche, kulturelle und politische Position in Mitteleuropa zu verbessern. Heute geht es nicht darum, ob wir durch den jeweils anderen zu Reichtum gelangen werden, sondern darum, ob wir ohne einen Krieg und ohne gegenseitiges Abschlachten davonkommen. Wenn in den Völkern Osteuropas eine nationalistische Ideologie die Oberhand gewinnt, dann ist unser Leben in Gefahr und nicht nur unser bisher erreichter bescheidener Lebensstandard.

... Wir werden Zeugen eines merkwürdigen Phänomens: Die umweltschädigenden Egoismen sind so übermächtig, daß sie infolge des kollektiven Egoismus der Nationen und Staaten eine Veredlung als öffentliches Interesse erfahren.

Daß uns von der Luft, vom Wasser und von den Gütern der Erde mehr zustünde als anderen, nur weil wir uns hinter einer bestimmten Fahne zusammenscharen, daß es uns erlaubt wäre, andere Arten von Lebewesen oder gar andere Menschenrassen zu töten oder eben auszurotten, die hinter einer anderen Fahne herziehen, das kann und darf nicht sein. Die ethnischen Gemeinschaften wollen sich heute als Schöpfer von Nationen hervortun und sind bestrebt, homogene Nationalstaaten zu schaffen. Homogen aber werden die Staaten nur durch Homogenisierung und um auch weiter die Euphemismen des Verbrechens zu benutzen durch ethnische Säuberungen.

Aus jenem unmöglichen Anspruch entsteht die konstante Stimmung eines ethnisch bestimmten kalten Krieges, der sich in militärischen Auseinandersetzungen entlädt. Intellektuelle und Politiker neigen derzeit dazu, vom Begriff der politischen Nation zum Begriff der ethnischen Nation überzuwechseln.

... Die feierliche Annahme einseitig proklamierter Unabhängigkeitserklärungen ohne bilaterale Abkommen, ohne juristisch abgesicherten Scheidungsprozeß, ohne vertraglich festgelegte Teilung von Rechten und Gütern erschien als noble Geste, doch angesichts zahlloser ungelöster Fragen drängt sich heute eher der Eindruck von Arbeitsunwilligkeit auf. Das Volk, in der Problematik vor Ideen unbewandert, bezahlt für diese Arbeitsunwilligkeit mit viel Blut um Leid. So kann es kommen, daß man versucht, das kleinere mit Hilfe einer größeren Übels in Ordnung zu bringen.

Mit der Anerkennung Sloweniens, Kroatiens und Bosniens ist die international, politische Gemeinschaft vom Begriff der territorial-politischen Nation zum Begriff der ethnischen Nation übergegangen und hat dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung absoluten Vorrang eingeräumt. Damit kam der äußeren und inneren Umgebung der neuen Nationalstaaten, der neuen nationalen politischen Bürokratien und vor allem der Achtung der Menschenrechte sowie

der bürgerlichen Freiheiten nur mehr zweitrangig Bedeutung zu. Hätten in erster Linie die Politiker den Schutz der Rechtssicherheit der Rechte, des Lebens und der Würde des einzelnen im Blickfeld gehabt, dann hätten sie eine Entwicklung, deren Folge notwendigerweise "ethnische Säuberungen" und "Homogenisierung", das heißt Deportation, Vertreibung und Einschüchterung, sein mußten, nicht gebilligt.

Das bestehende Jugoslawien bedeutete für das Leben und die Existenzsicherheit seiner Bürger eine geringere Gefahr als dessen Beseitigung. Die Demokratisierung einer Föderation ist zwar eine schwierige, aber dennoch lösbare Aufgabe. Eine Gebietsaufteilung ist nur scheinbar einfacher, in Wirklichkeit aber mit viel mehr Qualen und Elend verbunden.

Die Lage ist vorgegeben, die Republiken können sich nicht halten, denn die lokalen Serben in Bosnien und Kroatien wollen sich selbst verwalten, ebenso wie die lokalen Kroaten in Bosnien, von den Albanern in Serbien und Mazedonien sowie von den Ungarn in der Vojvodina, die von Serbien einverleibt worden ist, ganz zu schweigen. Wenn sich die Logik der ethnischen Selbstverwaltung durchsetzt, gibt es viele Armeen und viele bewaffnete Verbände, hört die Idee der zentralen Militärmacht zu existieren auf, und dann tobt der Krieg zwischen den Nachbarn, hat ein jeder Angst um sein Leben, und in seiner Gnadenlosigkeit und seinen Taten ist es schwer, zwischen Rache und Prävention zu unterscheiden.

Wenn beispielsweise in Bosnien drei ethnische Gemeinschaften existieren und wenn von der internationalen Gemeinschaft jenem Prinzip, wonach die Ethnien Anspruch auf einen eigenen Nationalstaat haben, seit neuestem höchste Priorität beigemessen wird, dann versprechen Zwangsumsiedlungen, Hysterien, Drohungen, Massenauswanderungen, quer durch Europa irrende Flüchtlingsströme unausweichliche Begleitphänomene zu werden. Dann wird die Hysterie, angeheizt durch die Flucht, unvermeidlich sein, dann werden sich in Windeseile unheil verkündende Nachrichten wie Berichte über Grausamkeiten ausbreiten, wird das gemeinsame Angst-Niveau steigen, dann wird die Propagandamaschinerie, die wechselseitig Haß sät, derart vernichtend in Gang gesetzt, daß es gefährlich sein wird, sich ihr entgegenzustellen.

Die Dominanz des ethnischen Prinzips bringt notwendigerweise rassistische Mythen und Rassenhaß hervor. Vom Kampf zwischen den Ethnien ist der Kampf zwischen den Rassen nicht weit entfernt. Die Endlösungen hat der Faschismus üblicherweise nicht ausgesprochen. Heutzutage ist der Neofaschismus bemüht, sich in der Sprache der Demokratie zu artikulieren. Allzu großen Zwang tut er sich dabei allerdings nicht an. Das Wesen besteht darin, daß die Demokratie der Zielvorstellung nationaler Interessen untergeordnet wird. Der Neofaschismus wiegt sich in dem Glauben, damit gewonnenes Spiel zu haben. Die Erfahrung, daß ein solcher

Versuch gewöhnlich in eine Niederlage, in eine Volkskatastrophe mündet, läßt die Agitatoren des nationalen Radikalismus im Allgemeinen nicht zurückschrecken.

Selbstverwaltung steht immer in einem Zusammenhang. Eine isolierte Selbstverwaltung gibt es nicht. Nach welchen Prinzipien lassen sich die Beziehungen zwischen den neuen Nationalstaaten regeln? Neue nationale Grenzen können entsprechend dem Mehrheitswillen der lokalen Bevölkerung gezogen werden. Wenn Jugoslawien seine Geltung verloren hat, dann gilt dies auch für die Binnenrepubliken, und selbst deren nationale Zusammengehörigkeit ist anzuzweifeln. Mit demokratischer Selbstverwaltung fängt es an, und mit nationalistischer Diktatur hört es auf.

Wäre denn ein internationaler Verbund der Autonomen möglich? In der Zeit der Wende 1989/90 hat die demokratische Opposition Osteuropas den Gedanken einer mitteleuropäischen Konföderation vergessen; durch das Streben nach sofortiger Staatlichkeit oder Regierungsgewalt haben sie die regionale Integration geschwächt.

Unser Blick ist nach Westen gerichtet. Noch besitzen die Tschechische Republik und Ungarn einige Chancen. Möglicherweise sind wir aber gerade dabei, sie zu verspielen. Greift der Wahnsinn um sich, steht zu befürchten, daß die Türen auch vor unserer Nase zugeschlagen werden. Wenn wir in der Sprache des politischen Irrationalismus sprechen, betrachtet man uns nicht als berechenbare Partner. Ohne die Gemeinschaft rationaler Verständigung gibt es keine Beziehungen. Eine gemeinsame Sprache, nämlich die Sprache argumentierender Billigkeit, läßt sich trotz Vielsprachigkeit finden.

JÜRGEN HABERMAS: "DAS BOOT IST VOLL"

AUS: **DIE ZEIT** 22/93

Von Einwanderern muß die Bereitschaft erwartet werden, daß sie sich auf die politische Kultur ihrer neuen Heimat einlassen, ohne deshalb die kulturelle Lebensform ihrer Herkunft aufzugeben. Das Recht auf demokratische Selbstbestimmung schließt gewiß das Recht der Altbürger ein, auf dem Charakter ihrer politischen Kultur zu bestehen; sie sichert die Gesellschaft vor dem Auseinanderfallen in beziehungslose Subkulturen. Diese Integration in den Rechtsstaat schließt im übrigen fundamentalistische Einwandererkulturen aus. Denn jede Person hat auch als Mitglied von Gemeinschaften, die um andere Konzeptionen des Guten integriert sind, einen Anspruch auf gleiche Achtung. Nicht gerechtfertigt ist jedoch die über die gemeinsame politische Kultur hinausgehende Assimilation zugunsten der Selbstbehauptung einer im Lande vorherrschenden kulturellen Lebensform.

Die Grenzen der Belastbarkeit sind in den europäischen Gesellschaften, die demographisch schrumpfen und schon aus wirtschaftlichen Gründen nach wie vor auf Immigration angewiesen sind, mit Sicherheit nicht erreicht. Aus der moralischen Begründung einer liberalen Einwanderungspolitik ergibt sich zudem die Verpflichtung, die Einwanderungskontingente nicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse des aufnehmenden Landes, also auf "gengesehene Fachkräfte" zu beschränken, sondern nach Kriterien festzulegen, die aus der Sicht aller Beteiligten akzeptabel sind.

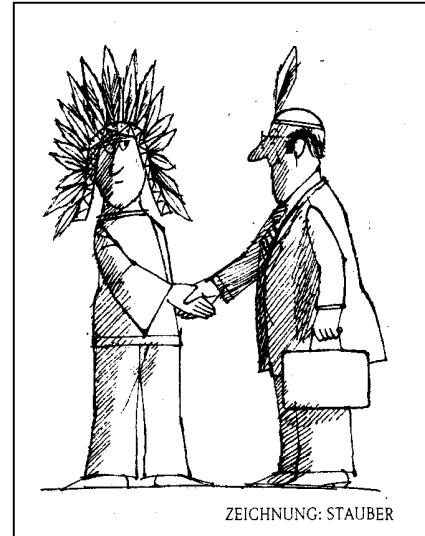
GENFORSCHUNG

Der letzte Schatz der Urvölker

Wissenschaftler interessieren sich für
die Eingeborenen - zu Forschungszwecken

Die eingeborenen Völker sind von der Ausrottung bedroht. Allein in Brasilien verschwand seit Beginn des Jahrhunderts ein Drittel der indigenen Völker, ausgelöscht durch Assimilierung, Vertreibung, eingeschleppte Seuchen oder brutale Gewalt. Auf anderen Kontinenten ist die Situation nicht besser. Viele indigene Gruppen bestehen nur noch aus wenigen Menschen - ihre Sprache, ihre Kultur und ihr in Jahrhunderten erworbenes Wissen scheint zum Untergang verurteilt. Wissenschaftler aus den USA und Europa wollen daher im Rahmen eines internationalen Großprojekts Rettungsmaßnahmen einleiten - aber nicht für die Menschen, sondern für ihr Erbgut: Das Genmaterial der indigenen Völker soll in eine Art lebendiges Museum überführt werden.

Zu diesem Zweck wollen Wissenschaftler des Human Genome Diversity Projects - zu deutsch »Projekt erbliche Vielfalt des Menschen« - in den nächsten Jahren über 700 indigene Völker auf allen Kontinenten aufsuchen und ihnen Haarwurzeln, Hautzellen und Blut entnehmen. Rasch in ein Labor gebracht, soll die in diesen Proben enthaltene genetische Information »unsterblich« gemacht werden: In besondere Zell-Linien eingeschleust, können die genetischen Besonderheiten Jahrzehnte überdauern und über »Ableger« beliebig vermehrt werden. Dieses Erbgut stellt für die Initiatoren des Projekts den letzten Schatz dieser Völker dar. Er könnte, so die Genetikerin Marie-Claire King, »Aufschluß darüber geben, wer wir sind und wie wir entstanden sind«. King und ihre Kollegen haben dabei eine Reihe von Fragen: Stimmt etwa die Theorie, daß die Menschheit von einem gemeinsamen afrikanischen Vorfahren abstammt, oder hat sie sich an mehreren Orten parallel entwickelt? Wer besiedelte Europa, Amerika, Australien und wann geschahen diese Wanderungen? Auch eine Reihe von aktuellen medizinischen Fragen wollen die Wissenschaftler mit Hilfe der Gene der Urvölker klären. So erwarten sie Aufschluß über die unterschiedliche Häufigkeit



verschiedener Erkrankungen, die Verbreitung von Unverträglichkeiten gegenüber Nahrungsmitteln und über die Ursachen der körperlichen Widerstandsfähigkeit gegen Seuchen, Kälte und Sauerstoffmangel.

Das Projekt wirft allerdings ein ganzes Bündel von ungelösten ethischen Fragen auf. »Das ganze ist Technologie des 21. Jahrhunderts, angewandt auf die Biologie des 19. Jahrhunderts«, schimpft der amerikanische Anthropologe Alan Swedlund. Der Blick auf möglichst isoliert lebende Völker, so befürchtet nicht nur Swedlund, könnte rassistischen Ideologien Vorschub leisten, da er sich vorwiegend auf erbliche Unterschiede richtet. Kritiker warnen auch vor einem verhängnisvollen genetischen Determinismus, dem das Projekt Vorschub leisten könnte. Erinnert wird etwa an die jüngsten Behauptungen nordamerikanischer Wissenschaftler, es gebe im Erbgut schwarzer Slumbewohner eine genetische Disposition zu aggressivem und kriminellem Verhalten.

Problematisch ist ferner der Umgang mit den Proben, die in einer nordamerikanischen Genbank eingelagert werden sollen. In diesen Genbanken werden auch pflanzliches und tierisches Erbgut aus Ländern der »Dritten Welt« aufbewahrt, über dessen kommerzielle Verwertung heftig gestritten wird, seit die Vereinigten Staaten die Patentierung von Lebewesen und deren genetischem Material zulassen. Auch menschliche Genstücke sind gegenwärtig Gegenstand von Patentanmeldungen. Die Frage, ob die Menschen, von denen diese Stücke stammen, am Gewinn beteiligt werden, falls es zur Entwicklung neuer Medikamente kommt, ist dabei völlig offen.

»Wir haben der Welt mehr zu geben als Blut, Haut und Haare. Nichts verletzt die Menschenwürde so tief, als von den Forschern für eine Medizin der ‚wirtschaftlichen Elite‘ zu Forschungsobjekten degradiert, ja auf eine Stufe mit Pflanzen gestellt zu werden«, kommentiert der Weltrat der Indigenen Völker, der sich auf der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien unlängst um eine Entschädigung für die jahrhundertelange Ausplünderung und um die Anerkennung der indigenen Völker - insgesamt etwa 300 Millionen Menschen - als ethnische Gemeinschaften bemühte. Zu den wichtigsten Forderungen auf dem in diesem Jahr erstmals abgehaltenen Weltgipfel der Indigenen Völker zählen die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts, eine Regelung der Landnutzung und eine Bestätigung der Territorialrechte.

Die Mitgliedervölker des Weltrats stehen dem Projekt der amerikanischen Wissenschaftler skeptisch bis ablehnend gegenüber. Aus ihrer Sicht weckt es Erinnerungen an die Besuche von Kolonialforschern, die mit ihren Untersuchungen die Minderwertigkeit der »Eingeborenen« konstatierten und damit die Kolonialpolitik ihrer Heimatländer rechtfertigten. Regelrecht pervers findet der Weltrat die finanziellen Prioritäten der Industriestaaten. Während selbst für elementare

Belange der indigenen Völker kein Geld aufzutreiben ist, fließen in das Forschungsobjekt etwa 25 Millionen US-Dollar - dazukommen acht Millionen Mark aus Europa.

Der Weltrat der Indigenen Völker verlangt daher ein Forschungs-Moratorium und die Einbeziehung von Vertretern aller ins Auge gefaßten Völker in sämtliche Aspekte des Forschungsprogramms von den Fragestellungen über das Probensammeln bis hin zur wissenschaftlichen und kommerziellen Verwertung, wobei die Vertreter der Eingeborenen in allen Fragen ein Vetorecht erhalten sollen. Ob die amerikanischen Wissenschaftler überhaupt über solche Forderungen verhandeln, ist derzeit offen. Ludger Weß

Rudolf Pfisterer

Die Wahrheit auf den Kopf gestellt

Die gefährlichsten Feinde Israels und ihre »Argumente«

Die Feindschaft gegen die Juden ist ein giftiges Gebräu aus Haß und Ignoranz. Redet der lebendige Gott Abraham an, so setzt der Antijudaismus dagegen, daß diese Zuwendung Gottes an das jüdische Volk überholt sei. Ruft Gott sein ihm zum Dienst berufenes jüdisches Volk ins Leben, so verfolgen Nichtjuden dieses mit ihrem Antisemitismus mit bodenlosem Haß. Nimmt das jüdische Volk die ihm von Gott gegebene Zusage des Landes ernst und wahr, wird es durch den Antizionismus darüber belehrt, daß es in seinem Land weder Anspruch noch Recht geltend machen dürfe.

Der Antizionismus ist gefährlich: Er bedroht die Existenz Israels. Dies beginnt damit, den jüdischen Staat moralisch in Mißkredit zu bringen und politisch zu entrechten.

Dies wurde deutlich bei der Ausweisung der 415 Mitglieder der Hamas (Eifer), die im Dezember letzten Jahres von Israel in den Libanon abgeschoben wurden. An den Händen dieser Terroristen klebt Blut. Dafür nur ein Beispiel: Ein als Vorbeter vorgestellter Mann aus dieser Gruppe ist zugleich ein rang hohes Mitglied der Hamas, der öffentlich in einer Predigt ausführte, es gelte, »die Juden und ihre Agenten als die Feinde Allahs zu töten«.¹ Für einen französischen Diplomaten sind diese Leute aber »moslemische Eliten«.²

Zweierlei wird deutlich. Zum einen: Die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt, wenn Israel als Störenfried des Friedensprozesses im Nahen Osten dargestellt wird. Hamas und auch die PLO - tun durch ihre Terrorakte alles, um die Möglichkeit eines Friedens dort zu untergraben. Und ein zweites: Ist das weltweite Aufbegehren gegen diese Abschiebung nicht eine schamlose Heuchelei? Arabische Staaten wie Algerien und Ägypten, Tunis und Syrien, aber auch die Golfstaaten, machen mit diesen Fanatikern nicht viel Federlesens; zu Zehntausenden wurden sie eingespert, gefoltert, getötet.³ Hat sich je der Weltsicherheitsrat damit beschäftigt, als Kuwait 400.000 Palästinenser auswies? Als der Sudan 400.000 Christen schwarzer Hautfarbe in die

¹ Blickpunkt. Bonn, 1/1991.

² Pierre Hunt, Que la France retrouve la Parole, Le Monde Paris, 17.4.1993. Wie weit verbreitet die Unwissenheit über die Verhältnisse in und um Israel ist, geht aus einer Leserzuschrift an das Ev. Gemeindeblatt für Württemberg (25.4.1993) hervor, in der die Aussage vertreten wird, daß die "Palästinenser nahezu zweitausend Jahre in „ihrem“ Land gelebt hätten". Dieser Behauptung widersprechen die Tatsachen. Eine 1947 abgefaßte Studie der Yale-Universität zeigt: »75 % der arabischen Bevölkerung Palästinas sind selbst Einwanderer oder Nachkommen von Personen, die selbst in den letzten hundert Jahren, zum größten Teil nach 1922, eingewandert sind« (Rudolf Pfisterer, Israel oder Palästina?, Wuppertal 1992, S. 146).

³ Le Monde, 20.2.1993.

Wüste trieb, um dort dem Hungertod preisgegeben zu werden, weil sie sich weigerten, sich zum Islam zu bekehren? Als der syrische Präsident Assad 1982 20.000 Moslembrüder und Zivilisten in Hamma umbringen ließ?⁴ Warum dürfen diese Staaten sich gegen ihre - tatsächliche oder angebliche - Bedrohung zur Wehr setzen und Israel darf dies nicht? Hier wird mit zweierlei Maß gemessen.⁵

Speerspitze dieser Feindschaft sind die radikalen Gruppierungen der PLO und die extrem-fundamentalistische Organisation Hamas. Beide stehen dem Staat Israel unversöhnlich gegenüber.

In aller Kürze soll das Wichtigste hervorgehoben werden. Entscheidend bleibt: Beide Gruppen verfolgen das gleiche Ziel - die Vernichtung Israels, mit dem Unterschied, daß Hamas dies offen ausspricht, während die PLO dies in ihrer Charta festgeschrieben hat, die leider zuwenig bekannt ist.⁶

1. Bei der Errichtung eines palästinensischen Staates wird ganz Israel von der Landkarte gestrichen. Artikel 1 der Hamas-Charta lautet: »Die islamische Widerstandsbewegung glaubt, daß Palästina ein für alle Moslems heiliges Eigentum ist bis zum Ende der Tage.«⁷ Und im Flugblatt 68 aus dem Jahre 1990 heißt es: »daß sie (Hamas) auf dem Pfad des Dschihad weitergehen werden, bis unser ganzes gesegnetes Land vom Fluß (d. h. vom Jordan) bis zum Meer befreit ist.«⁸

Die PLO sagt das gleiche, nur nicht so offen. Artikel 2 ihrer Charta heißt: »Palästina ist in den Grenzen, die es zur Zeit des Mandats hatte, eine unteilbare territoriale Einheit.«⁹ Da der jüdische Staat auf dem Gebiet des ehemaligen Palästina-Mandats liegt, kann es einen palästinensischen Staat nicht an der Seite, sondern nur an der Stelle Israels geben. Ein palästinensischer Staat an der Seite Israels ist daher nur vorläufige Ausgangsbasis und Etappe auf dem Weg zur Vernichtung Israels. (Siehe dazu die Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats in Kairo vom 8.4.1974).¹⁰

⁴ Jerusalem Post International Edition (= JPIE) 1689, W (eekending) 20.3.1993.

⁵ Was kritisch von islamischer Seite über diese Kreise gesagt wird, hat der Großmufti von Ägypten so formuliert: "Sie sind Verräter an der Religion, in deren Adern kein Tropfen Islam ist." (Le Monde, Paris. 2.3.1993)

⁶ Nur so - aus der Unkenntnis der Charta - kann ein Artikel im Ev. Gemeindeblatt für Württemberg (Stuttgart 4.4.1993) verstanden werden, in dem die Bedrohung Israels durch die Hamas unterstrichen, die PLO aber als gemäßigt und verhandlungsbereit dargestellt wird. (Vgl. zur Charta meinen Artikel in TR 104. Frankfurt/M., 1987, S. 148-165: PLO Charta - eine Kriegserklärung)

⁷ Boaz Ganor, The Islamic Resistance Movement - Hamas, "Matara", Israel, 20/1991 S. 3.

⁸ Boaz Ganor, a. a. O. S. 4

⁹ Yehoshafat Harkabi, Israel und Palästina, Stuttgart 1974, S. 73.

¹⁰ Yehua Lukacs, Documents on the Israel-Palestinian Conflict 1967-1983, Cambridge, 1984, S. 157, vor allem Artikel 12, 4 + 8.

Daraus folgt: ein Nachgeben oder gar Aufgeben dieses Ziels kommt nicht in Frage; für Hamas wäre dies (Artikel 13 ihrer Charta) ein »Nachgeben in einem Teil des Glaubens«.¹¹

2. Und der Weg zu diesem Ziel? Der Dschihad, der »heilige Krieg«, die Gewalt. Artikel 13 des Hamas-Programms lautet: »Die einzige Lösung für das Palästinaproblem ist der Dschihad. Alle (anderen) Initiativen, Vorschläge, auch internationale Konferenzen, sind Zeitverschwendungen«,¹² und der Artikel 7 zitiert dabei sogar den Koran. Dort heißt es: »Diese Stunde (der Befreiung Palästinas, d. h. der Vernichtung Israels) wird nicht eintreffen, ehe nicht die Moslems die Juden bekämpfen und töten. Koranzitat: »Wenn ein Jude sich hinter einem Baum oder Stein verstecken will, diese sagen werden: Moslem, du Diener Gottes, ein Jude steht hinter mir. Komm doch her und töte ihn.«¹³

Dieses alleinige Pochen auf die Gewalt ist auch niedergelegt in der Charta der PLO. In Artikel 9 heißt es: »Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur Befreiung Palästinas. Es handelt sich dabei um eine strategische und nicht um eine taktische Phase.«¹⁴ Der »bewaffnete Kampf« ist weithin eine Umschreibung für hinterhältigen Terror. Dies hat Jassir Arafat Ende März 1993 über Radio Monte Carlo so ausgesprochen: » ... Wir werden den Boden unter den Füßen der Besitzer verbrennen ... (Es geht darum), noch mehr Juden zu töten, möglichst Polizisten und Soldaten.«¹⁵ Dieser Terror hat unter Israelis und palästinensischen Arabern schon viel Blut gekostet. So genannte arabische »Kollaborateure« wurden umgebracht, allein in der Zeit zwischen 1988-1992 waren es 559.¹⁶

Nur zwei Beispiele, wie diese Bluttaten geschehen und sich auswirken: Eine aus Kurdistan stammende, dem Zusammenleben zwischen Arabern und Israelis verschworene Jüdin - sie transportierte jeden Tag palästinensische Frauen aus dem Gazastreifen zur Arbeit in Israel - wurde am 12. März 1993 von drei als Frauen verkleideten Männern grausam erstochen.¹⁷ Aber auch Araber leben in Angst. Eine dreizehnjährige Araberin aus Jericho meint: »Manchmal träume ich, ich werde von meinem eigenen Volk erschossen. Niemand gibt hier dem Leben noch einen Wert. Niemand kümmert sich darum« Ihr Vater fürchtet bei einer Machtergreifung durch die Hamas, dass »Tausende Palästinenser sterben müssen«.¹⁸

¹¹ Boaz Ganor, a. a. 0., S. 3.

¹² Boaz Ganor, a. a. 0., S. 4.

¹³ Boaz Ganor, a. a. 0. S. 6. Der israelische General Saguy stellt dazu fest: »Die durch die Gruppe Al-Kassam (Hamas) in Anspruch genommenen Angriffe sind gekennzeichnet durch intensive Benützung von Feuerwaffen, durch Grausamkeit und den Willen, so viel als mögliche Opfer zu töten. „Patrice Claude, Israel face au "peril vert"«. La Monde, Paris, 29.4.1993)

¹⁴ Yehoshafat Harkabi a. a. 0., S. 78.

¹⁵ Ulrich Sahm, »Wir werden die Füße der Besatzer verbrennen«, Stuttgarter Zeitung, 1.4.1993.

¹⁶ JP. 26.2.1993.

¹⁷ Le Monde, Paris, 14/15. III. 1993.

¹⁸ JP. 26. II. 1993.

3. Das Ziel der Gewalt ist die Auslöschung des jüdischen Staates. In der Hamas-Charta heißt es: »Der Staat Israel wird nur noch so lange bestehen, bis der Islam Israel vernichten wird.«¹⁹ Für diese Zerstörung plädiert auch ein Zeitungsartikel (1988): »Allah versammelte die Juden nicht in Palästina, daß es ihnen als Heimstätte diene, sondern ihnen vielmehr zum Friedhof werde.«²⁰ Deutlicher kann nicht geredet werden. Hamas hat hierbei noch nie einen Rückzieher gemacht, soweinig wie dies die PLO getan hat, denn im Artikel 15 ihrer Charta liegt sie als Ziel fest, »den Zionismus in Palästina auszutilgen«.²¹ Daran bleibt die PLO gebunden, solange die Charta nicht geändert wird. Dies kann nach Artikel 33 nur auf einer zu diesem Zweck einberufenen Sondersitzung des Palästinensischen Nationalrats mit Zweidrittelmehrheit erfolgen.²² Dies ist seither nicht geschehen.

Darum dürfen wir uns nicht durch beschwichtigende Schlagworte einschläfern lassen. Wir müssen lernen, daß ein eigenständiger jüdischer Staat für den Islam einer kosmischen Katastrophe gleichkommt, als eine an Gotteslästerung grenzende Herausforderung angesehen wird.²³ Im besten Fall kann es hier einen Waffenstillstand geben, der aber um keinen Preis als Frieden in unserem Sinn mißverstanden werden darf.

Irgendein Protest gegen eine solche Auffassung geht von Seiten der einheimischen Kirchen nicht aus. Ein christlicher Theoretiker aus diesem Gebiet hat erst kürzlich empfohlen: »Jeder Araber, gleich welcher Sekte oder Gemeinschaft er angehört, sollte versuchen, den Islam zu studieren und seine Wirklichkeit zu verstehen. Er sollte das Gedächtnis des großen Propheten heiligen, dem der Islam offenbart wurde.²⁴ Wer sich so auf den Islam einläßt, kann die befreiende und kritische Wirkung des Evangeliums nicht erfahren, wie uns dies vor sechzig Jahren zuteil wurde. Eine bedeutende Spezialistin auf diesem Gebiet, Bat Ye'or, stellt in ihrem Buch über den Untergang der Christenheit im Nahen Osten fest: »Da der Dschihad ein dauernder Krieg schließt er den Begriff des Friedens aus, gestattet aber den Abschluß eines vorläufigen Waffenstillstands, der mit der jeweiligen politischen Konjunktur verknüpft ist.²⁵ Dies bedeutet auch, daß ein solches Abkommen jederzeit einseitig gekündigt werden darf.

Darum darf ein Hinweis auf die unheimliche Bedeutung der Judenfeindschaft nicht fehlen, Unter uns wird immer wieder - fälschlicherweise - Rassismus und Antisemitismus gleichgesetzt und darum auch in einem Atemzug genannt. Dies führt dazu, das bösartige Wesen der Judenfeindschaft zu verharmlosen und zu verdrängen. Es wird vergessen, daß Antisemitismus

¹⁹ Nachrichten aus Israel, Jerusalem, 194, Februar 1993, S. 4.

²⁰ Boaz Gonar, a. a. O. S. 6.

²¹ Yehoshafat Harkabi, a. a. O. S. 82.

²² Yehoshafat Harkabi, a. a. O. S. 91.

²³ JPIE 1685, W. 20.2.1993.

²⁴ JP. 29. I. 1993.

²⁵ Bath Ye'or, *Les Chretientés d'orient entre Jihad et Dhimmitude*, Paris. 1991, S. 28.

immer Aufruhr gegen den Schem, gegen den Namen, d. h. gegen den lebendigen Gott ist. Kardinal Decouray, Erzbischof von Lyon, sagte jüngst: »Der radikale Haß des Nationalsozialismus richtete sich gegen den Herrn, dessen Namen das jüdische Volk trug, den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs, den Gott Moses' Der Nationalsozialismus ist eine Form des Kampfes von Luzifer gegen den Einen und Einzigen.«²⁶

Ziehen wir daraus die Konsequenz. Ein im Kampf in Burma (1944) gefallener britischer General, Orde Wingate, der von seinen Eltern und Großeltern her aus der biblischen Tradition lebte, hat durch die Schaffung von jüdischen »Sondereinheiten« (1936-1939), dem Kern der Haganah und Zahal, viel zum Überleben Israels beigetragen. Er meinte damals zu einem jüdischen Freund: »Ich zähle es zu meinem Vorrecht, Ihnen dabei zu helfen, Ihren Kampf zu führen. Diesem Zweck widme ich mein Leben ... Wer immer die Hand gegen Sie und Ihr Vorhaben (die Schaffung eines jüdischen Staates) erhebt, muß bekämpft werden ... Aber denken Sie daran: Es ist Ihr Kampf. Mein Anteil - ein Vorrecht - ist, Ihnen zu helfen.«²⁷

²⁶ Le Monde, Paris, 17.3.1993, siehe auch: Information Juive, Paris, NS 125, April 1993, S. 16.

²⁷ Moshe Kohn, Try to remember, JPIE 169, W. 27.3.1993.